

Warnstreiks bei der Post



**nützen KundInnen
können nur ein erster Schritt sein**

Die KollegInnen bei der Post wehren sich gegen den geplanten Stellenabbau und die Schließung von Postämtern. Damit kämpfen sie auch für die KundInnen. Es ist kein Egoismus oder "unweihnachtliches Verhalten" wie es Medien behaupten, sondern die berechtigte Angst um den Job und das Eintreten für ein flächendeckendes Filialnetz. Das Management will nach wie vor tausende Stellen abbauen und Hunderte Postämter schließen - bezieht aber selbst Spitzengagen.

Lasst uns die genauen Unterlagen von Post, Telekom etc. prüfen. Dann sehen wir wo das Geld ist, und wo Einsparungspotential - nämlich beim Management.

Von der Regierung ist nichts zu erwarten. Faymann hat das Problem nur verschoben, zeigt aber mit der Zustimmung zur AUA-Privatisierung, dass er da weitermacht, wo die letzte Regierung aufgehört hat. 100 Milliarden soll es für die Banken geben, für den Erhalt der Infrastruktur bei der Post aber soll kein Geld da sein, stattdessen wird die vollständige Privatisierung vorangetrieben.

Dass die Privatwirtschaft nicht in der Lage ist, die Wirtschaft im Sinne der Allgemeinheit zu führen, wird gerade jetzt, in der Krise, deutlich. Schluss mit Privatisierungen - im Gegensatz Übernahme von Unternehmen durch den Staat.

Weg mit dem Management, dass sich nur an Profitinteressen orientiert. Wir kennen die Betriebe besser, und für uns stehen die Bedürfnisse von Beschäftigten und KundInnen im Zentrum. Post, Telekom & Co. sollen von den Beschäftigten verwaltet werden.

Es ist gut, dass die Gewerkschaft endlich Schritte gegen die Angriffe setzt. In der Vergangenheit wurde zu oft gedroht und dann doch nur ein fauler Kompromisse geschlossen. Doch die Warnstreiks werden nicht reichen. Es gilt konsequente Kampfmaßnahmen in allen Dienststellen vorzubereiten, um alle Jobs und Filialen zu erhalten. Das wird nicht von oben herab funktionieren, das braucht breite Diskussionen unter der Belegschaft und demokratische Abstimmungen über etwaige Verhandlungsergebnisse.

Vorbereitung von weiteren Kampfmaßnahmen in allen Dienststellen. Diskussionen auf allen Ebenen, Einbindung aller KollegInnen, demokratische Wahl von Streikkomitees. Einbindung und Information der KundInnen durch aktive Kampfmaßnahmen - überlassen wir die Information nicht den Medien und der Regierung.

Keine Zustimmung zu faulen Kompromissen
- Urabstimmungen über alle Verhandlungsergebnisse.

Telefon. 01.524 63 10 | E-Mail. slp@slp.at
Web. www.slp.at | Web. www.socialistworld.net



Warnstreiks bei der Post



**nützen KundInnen
können nur ein erster Schritt sein**

Die KollegInnen bei der Post wehren sich gegen den geplanten Stellenabbau und die Schließung von Postämtern. Damit kämpfen sie auch für die KundInnen. Es ist kein Egoismus oder "unweihnachtliches Verhalten" wie es Medien behaupten, sondern die berechtigte Angst um den Job und das Eintreten für ein flächendeckendes Filialnetz. Das Management will nach wie vor tausende Stellen abbauen und Hunderte Postämter schließen - bezieht aber selbst Spitzengagen.

Lasst uns die genauen Unterlagen von Post, Telekom etc. prüfen. Dann sehen wir wo das Geld ist, und wo Einsparungspotential - nämlich beim Management.

Von der Regierung ist nichts zu erwarten. Faymann hat das Problem nur verschoben, zeigt aber mit der Zustimmung zur AUA-Privatisierung, dass er da weitermacht, wo die letzte Regierung aufgehört hat. 100 Milliarden soll es für die Banken geben, für den Erhalt der Infrastruktur bei der Post aber soll kein Geld da sein, stattdessen wird die vollständige Privatisierung vorangetrieben.

Dass die Privatwirtschaft nicht in der Lage ist, die Wirtschaft im Sinne der Allgemeinheit zu führen, wird gerade jetzt, in der Krise, deutlich. Schluss mit Privatisierungen - im Gegensatz Übernahme von Unternehmen durch den Staat.

Weg mit dem Management, dass sich nur an Profitinteressen orientiert. Wir kennen die Betriebe besser, und für uns stehen die Bedürfnisse von Beschäftigten und KundInnen im Zentrum. Post, Telekom & Co. sollen von den Beschäftigten verwaltet werden.

Es ist gut, dass die Gewerkschaft endlich Schritte gegen die Angriffe setzt. In der Vergangenheit wurde zu oft gedroht und dann doch nur ein fauler Kompromisse geschlossen. Doch die Warnstreiks werden nicht reichen. Es gilt konsequente Kampfmaßnahmen in allen Dienststellen vorzubereiten, um alle Jobs und Filialen zu erhalten. Das wird nicht von oben herab funktionieren, das braucht breite Diskussionen unter der Belegschaft und demokratische Abstimmungen über etwaige Verhandlungsergebnisse.

Vorbereitung von weiteren Kampfmaßnahmen in allen Dienststellen. Diskussionen auf allen Ebenen, Einbindung aller KollegInnen, demokratische Wahl von Streikkomitees. Einbindung und Information der KundInnen durch aktive Kampfmaßnahmen - überlassen wir die Information nicht den Medien und der Regierung.

Keine Zustimmung zu faulen Kompromissen
- Urabstimmungen über alle Verhandlungsergebnisse.

Telefon. 01.524 63 10 | E-Mail. slp@slp.at
Web. www.slp.at | Web. www.socialistworld.net

